



Sklaverei heute

Mehr Menschen werden weltweit benutzt als je zuvor.

Sklaverei? heute? bei uns? Ist doch längst abgeschafft, oder?
Offiziell ja, seit etwa 150 Jahren. Praktisch hat Sklaverei gegenwärtig ein historisch unvergleichliches Ausmaß erreicht: in „klassischer“ Variante als Eigentum von Menschen an Menschen und in modernen Spielarten, die für die Betroffenen zumeist noch viel schwerwiegendere physische und psychische Folgen haben.

Wir verzichten auf die üblichen Zahlenspielerien mit Prozenten und statistischen Parametern, weil ein Bündnis für Menschenwürde aufbegehren muss, wenn auch nur ein einziger Mitmensch von Gewalt, Unfreiheit und Ungerechtigkeit betroffen ist. Sicher ist, dass wir uns nicht mit einem Randthema befassen, sondern dass viele Millionen, dass unzählige Menschen auch heute noch unter sklavenähnlichen Verhältnissen ausgebeutet, gequält und getötet werden.

Formen moderner Sklaverei wie Leibeigenschaft, Schuldknechtschaft, Forced Apprenticeship (eine Art rechtlich abgesicherter Form der Vererbung des Sklavenstatus), Verdingung, Zwangsarbeit, Lohnsklaverei – bis hin zu Leiharbeit und Werkverträgen, in die hierzulande Millionen Menschen gepresst werden – sind in vielen Ländern der Welt zu finden. Sklavenähnlich unterdrückt und entrechtet werden Menschen zum Beispiel: in Brasilien in der Landwirtschaft; in Haiti und der Dominikanischen Republik als Haussklaven; in



Tausende afrikanische Flüchtlinge sind auf dem Sinai Opfer von systematischer und grausamer Gewalt geworden. Sie werden erpresst oder getötet, um ihre Organe zu entnehmen.

der Ukraine in der Baumwollernnte; in China bei Foxconn in der Handyteilerzeugung; in Bangladesch in der Textilfertigung.

Moderne Sklaverei basiert auf Menschenhandel, einem der profitabelsten Wirtschaftszweige weltweit. Zahllose Menschen werden ihrer existenziellen Autonomie mit physischer und psychischer Gewalt beraubt, sie werden mit unvorstellbarer Brutalität zu einer frei handelbaren Ware gepresst. Menschhändler operieren mit einer absoluten Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leben und menschlichem Leiden, die uns befremdlich und abstoßend erscheint.

Und doch sind wir an der Aufrechterhaltung slavenhalterischer Zustände direkt und indirekt beteiligt.

Direkt vor unserer Haustür trägt Sklaverei zu unserem Wohlstand bei: In Spanien werden Menschen aus Osteuropa und Afrika auf Obst- und Gemüseplantagen entmündigt und entrechtet wie Sklaven gehalten, in allen Ländern der Europäischen Union sorgt die sklavenähnliche Haltung von Menschen aus vielen Teilen der Welt im Dienstleistungssektor, als Haushalts- und Pflegekräfte, in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und als Zwangsprostituierte dafür, dass wir ein möglichst billiges und vernünftiges Leben führen können. Es gibt kaum eine Ware, kaum ein Lebensmittel, in denen nicht der Schrei nach Hilfe derjenigen steckt, die unter menschenverachtenden Bedingungen leben und arbeiten:

Du gehst gerne mal ins Restaurant: weißt Du, wer dort in der Küche schnippelt und spült?



Du kaufst Lebensmittel, Obst, Gemüse, Schokolade und Kaffee im Supermarkt: Weißt Du, wer sie oder ihre Zutaten unter welchen Umständen hergestellt hat? Du hast ein Handy, sogar ein Smartphone oder ein Tablet: Weißt Du, wieviel Elend in seinem Innenleben verbaut ist? In Deiner Nachbarschaft wird ein älterer Mensch von einer jungen Frau aus Osteuropa gepflegt: weißt Du, wie sie hierher gekommen ist und wie sie bezahlt wird? Du hast Freunde oder Bekannte, die eine Haushaltshilfe beschäftigen: Was weißt Du über ihre Lebensbedingungen und ihre Existenzgrundlagen? Du bummelst gerne bei H&M, bei Hollister, bei C&A oder in einem anderen der vielen Bekleidungsäden und achtest auch auf den Preis: Bist Du Dir im Klaren über die Armut und die Verzweiflung, die in jeder Faser von T-Shirt oder Jacke stecken? Du weißt, in jeder Stadt gibt es Bordelle oder Straßenprostitution: Hast Du Dich schon mal dafür interessiert, wie viele der jungen Frauen dort jeden Tag Gewalt erleben und wie in Zwangslagern gehalten werden?

In dieser Ausgabe

Menschenhandel vor unserer Tür	2
Erwerbsarbeit und Ausbeutung	2
Neuzeitliche Sklaverei in Maranhão	3
Wie wir konsumieren, entscheidet über das Leben von Menschen anderswo	3
Flüchtlingspolitik und Menschenhandel	4
Skandal Kinderarbeit	4
Ignacio Suarez – sein Kampf für mehr Rechte in Kolumbien	5
Kakao tritt Menschenrechte	6

Wir alle sind beteiligt, obwohl uns die Einblicke in Produktionsbedingungen und Handelswege oft fehlen, nicht nur, weil sie verschleiert werden, sondern weil wir unseren Wohlstand als selbstverständlich hinnehmen und nicht wirklich geneigt sind, ihn zu hinterfragen. Solange wir einfach so weitermachen, mit ein bisschen schlechtem Gewissen vielleicht, bleiben wir Kollaborateure eines globalen Feldzugs gegen die Menschlichkeit.

Nicht nur unser Konsumverhalten, auch unser Handeln als deutsche und europäische Bürger sollten wir nachdrücklich durchleuchten. Es sind die von uns gewählten PolitikerInnen, die mit ihren Gesetzen und ihrer Abwehrhaltung

oft tödlichen Zwangsverhältnissen ihrer Heimatländer ausgeliefert. Asylsuchende müssen oft viele Jahre in menschenunwürdigen Unterkünften ohne Chance auf ein eigenverantwortliches Leben verbringen – mitten in einem Europa, das sich seit der Aufklärung für das Epizentrum der zivilisierten Welt hält.

Sklaverei, Menschenhandel, systematische Entwürdigung werden offiziell politisch verurteilt, Menschenrechte und Verantwortung werden oft und gerne floskelartig in die Welt posaunt. Mit der politischen Wirklichkeit haben die Sonntagsreden so wenig zu tun wie die laut Grundgesetz unantastbare Würde des Menschen mit den Lebensbedingungen großer Bevölkerungsteile in diesem



Goldmine in Tamiougou, Burkina Faso: Die Arbeiter verbringen 12 Stunden am Tag in den engen Gängen – für unsere Trauringe.

gegenüber hilfesuchenden Menschen aus anderen Ländern Elend, Krankheit und Tod bringende Lebensumstände legalisieren. Europäische wie deutsche Asylpolitik haben zahllose Opfer zur Folge: ertrunkene Bootsflüchtlinge, verdurstete Opfer einer mörderischen Asylpolitik in der Wüste, abgeschobene Asylsuchende, verhungerte und an unbehandelten Krankheiten

Für die Wenigen, die Gewalt und Sklavendasein durch Mut oder Unterstützung entfliehen konnten, besteht in Deutschland kein Opferschutz.



gestorbene Armutsflüchtlinge – ihnen allen hat dieser gezielt gegen Hilfesuchende konzipierte politische Mauerbau die Chance auf ein menschenwürdiges Leben verwehrt, und er fordert täglich neue Opfer.

Für die Wenigen, die Gewalt und Sklavendasein durch eigenen Mut oder mit Unterstützung durch engagierte AktivistInnen entfliehen konnten, besteht in Deutschland kein Opferschutz, im Gegenteil, sie werden immer wieder den

Land. Der Zynismus deutscher und europäischer Asyl- und Migrationspolitik ist zu einer tödlichen Waffe gegen Millionen armer, verletzter, internierter, an Hunger leidender und Gewaltexzessen ausgesetzter Menschen geworden. Keine deutsche Regierung hat seit dem Ende des 2. Weltkriegs ihr Wissen in konsequente politische Abgrenzung und Verurteilung von diktatorischen und völkermordenden Regimes umgesetzt. Alle haben sich mit den herrschenden Cliquen gemein gemacht, wenn eine solche Kumpanei militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Interessen dienlich war – wegen Bodenschätzen, Absatzmärkten oder Militärbasen.

Die Spirale der ausbeutenden Gewalt dreht sich weiter: Was früher als Verteidigungspolitik firmierte, ist heute – so fassen es die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ und so demonstrieren es die Auslandseinsätze der Bundeswehr seit zwanzig Jahren – Kriegspolitik, Kriegsführung zur Sicherung von Absatzmärkten, Rohstoff- und Warennachschub. Jeder Feldzug, an dem die Bundeswehr beteiligt ist, dient dazu, unsere Lebensbedingungen sicherzustellen – und damit die Bedingungen zu weiter auf Seite 2

Edditorial Freude und Hoffnung

Die Kirche in der Welt von heute: das war das eigentliche Thema des II. Vatikanischen Konzils, das vor 50 Jahren die katholische Kirche veränderte. Und das wollte Johannes XXIII., der Papst des Konzils: keine Verurteilungen, keine Dogmen, sondern einen Weg finden, wie die Botschaft des Mannes aus Nazareth, wie das Evangelium von der Gewaltlosigkeit, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens in der Welt von heute erklärt und vorgelebt werden kann.

Die Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“ wurde das eigentliche Thema des Konzils. Sie wurde auch das gelungenste Dokument des Reformwillens der Kirche. „Gaudium et Spes“ (Freude und Hoffnung – so beginnt die Pastoralkonstitution) verkündet revolutionäre Aussagen!

Sie scheinen mir weitgehend untergegangen zu sein in den 50 Jahren. Darunter ist die Lehre vom Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Nach 50 Jahren lehrt das wieder der neue Papst, Franziskus, in seiner einfachen, menschlichen, überzeugenden Art. Damit stellt er sich mit vielen Menschen guten Willens, auch mit unserem Bündnis, gegen den globalisierten Kapitalismus. Der ist menschenverachtend! Der bedient Gier und Maßlosigkeit. Der führt zur Sklaverei für unendlich viele Menschen welt-

weit, der kennt die Würde des Menschen nicht. Und er hat die Welt bereits vor die Wand gefahren! Wir brauchen nur auf den Niedriglohnssektor bei uns oder auf die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa zu blicken! Und die gegenwärtige Wirtschaftskrise zeigt überdeutlich die verhängnisvollen Fehler im System.

Im Umgang mit dem globalisierten Liberalismus gibt es keine Kompromisse: der ungezähmte Kapitalismus ist gottlos; Christinnen und Christen können ihn nicht akzeptieren! Seit dem Untergang des Sozialismus östlicher Prägung hat der Kapitalismus leichtes Spiel. Dabei war dieser Sozialismus des ehemaligen Ostblocks auch nur ein Kapitalismus, ein Staatskapitalismus eben und kein „echter“ Sozialismus. Wir müssen neue Wege finden, um die soziale Aufgabe des Kapitals zu erkennen und zu praktizieren! Vielleicht müssen wir auch zurückschauen in die ersten Jahre der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Versuch, eine soziale Marktwirtschaft aufzubauen. Oder wir schauen mit Papst Franziskus nach vorne und fordern und praktizieren selber in unserer Kirche eine gerechte Ordnung der Gesellschaft, wo immer wir das können! Wir brauchen das Bündnis für Menschenwürde und Arbeit!

| Eddi Erlemann

Fortsetzung von Seite 1 zementieren, unter denen die Menschen dort ausgenutzt und ausgepresst werden.

Wie substantziell alle diese Erscheinungsformen neoliberaler, rassistischer und imperialistischer Machtausübung zusammenhängen, zeigt uns die sogenannte Finanzkrise. Sie forciert einerseits die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, erhöht den Druck auf die arbeitenden Menschen, baut staatliche Sozialleistungen weiter ab. Sie verstärkt die Benachteiligung vieler Menschen. Und sie entlarvt die Politik als Handlanger der Profiteure, die das Krisenszenario zu verantworten haben.

Als politisch gewollte Basis für die Absicherung einer globalen wirtschaftlichen und politischen Logik, die keine Rücksicht auf die existenziellen Bedürfnisse und das Lebensrecht der meisten Menschen mehr kennt, sind Rüstungsproduktion und -export systematisch ausgebaut worden. Sie werden zu großen Teilen demokratisch nicht legitimiert abgewickelt, sie machen seit Jahrzehnten die Regimes und ihre Handlanger stark und unbezwingbar, deren Macht auf Ausbeutung vieler Völker basiert. Diese deutsche und europäische Rüstungsexportpolitik sorgt gezielt dafür, dass in weiten Teilen der Welt moderne Sklaverei und Handel Menschen durch Waffengewalt gesichert werden können, um unseren Wohlstand nicht zu gefährden.

Die Politiker/innen wissen um die boomende Waffenproduktion, sie wissen, dass weltweit deutsche Waffen mächtige gesellschaftliche Clans und selbsternannte Herrscher vor dem zu erwartenden Aufbäumen von Millionen schützen. Und sie wissen, welche Folgen die Entwicklung der Waffentechnik hat: Drohnen für die Bundeswehr bedeutet, wie überall auf der Welt auch hierzulande jeden Widerstand gegen ein Gesellschaftssystem, das seine demokratische und moralische Bankrotklärung jeden Tag aufs Neue abliefern, auf „saubere“ Art und Weise niederhal-

ten zu können. „Soldaten sind Mörder“, hat Kurt Tucholsky vor hundert Jahren den kriegslüsternen Politikern für alle Zeiten ins Stammbuch geschrieben, „Nicht alle Mörder sind Soldaten“, hat Bertold Brecht ergänzt – schon damals mit Blick auf die, deren Politik heute mehr denn je einem gesetzlich legitimierten Mordkomplott gleichkommt.

Was können wir tun? Wir können auf die Politiker einwirken, noch besser: selbst Politik machen, die aufdeckt und benennt, was unsere alltäglichen Verhaltensmuster anrichten und welche opportunistischen Entscheidungen zu Fallbeilen für viele Menschen werden. Wir können aber auch jeden Tag bewusst leben, wir können kaufen, was fair gehandelt, was fair produziert worden ist: Es ist heute möglich, sich mit fair gehandelten Waren und Lebensmitteln zufriedenstellend zu versorgen, bis hin zu fairen Handys – ein Fairphone wird in den Niederlanden gerade entwickelt. Wir können vor Ort Asylbewerber und Flüchtlinge schützen, Anlaufstellen für Entrechtete in jeder Stadt einrichten, im Restaurant fragen, welches Küchenpersonal zu welchen Konditionen beschäftigt wird. Wir können viel tun – wenn wir wollen.

Vor allem aber können wir aufstehen und auf die Straßen gehen, herschreiben, dass wir keine Politik wollen, die über Leichen geht. Wir können unüberhörbar für das Lebensrecht jedes Menschen einfordern und Gerechtigkeit für jede/n, ohne Rücksicht auf wirtschaftliche, politische oder andere Interessen, verlangen. Und fordern, dass politisches Handeln von der Sorge um jeden Menschen getragen sein muss, egal woher er kommt, welche Hautfarbe er hat, welcher Religion er anhängt. Und wir sollten den „aufrechten Gang“ (Ernst Bloch) mit sportlichem Ehrgeiz und menschlichem Mitgefühl intensiver und ausdauernder üben.

Dr. Günter Rexilius



Die Gewinne aus „Konfliktmineralien“ wie Coltan, die westliche Konzerne für Computerteile ankaufen, finanzieren örtliche Kriege.

In Deutschland ausgebeutet Einige Beobachtungen, die alarmieren

Wenn ich im Folgenden einige Eindrücke schildere, dann muss Anonymität gewährleistet sein und es muss so beschrieben sein, dass keine rechtlichen Konsequenzen drohen.

Es gibt Unternehmen in den ländlichen Regionen von Aachen bis Krefeld in denen beispielsweise die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder die Gründung eines Betriebsrats zur Folge haben, dass man sehr kurzfristig eine Kündigung vorgelegt bekommt. Ich bekam kürzlich einen Anruf vom Geschäftsführer eines nicht gewerb-

lichen Unternehmens, der von einem Vorstandsmitglied darauf hingewiesen worden war, dass es auf den Erdbeerfeldern ausländische Arbeitnehmer gäbe, die für 2,50 Euro die Stunde arbeiten müsse. Der Anruf kam bei mir an, weil ich für die Pastoral in der Arbeitswelt zuständig bin und die Frage war, wer sich um diese ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse kümmern kann. Ein zweiter Bericht war von einem Kollegen der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), der beim morgentlichen Joggen um sechs Uhr folgendes beobachtet hatte: Da arbeitete eine

Menschenhandel direkt vor unserer Tür Lucy – ausgenutzt im Prostitutions-El Dorado Deutschland



Als ich Lucy zum ersten Mal treffe, hat die 17-Jährige Nigerianerin sechs Monate Zwangsprostitution hinter sich. Im Fall einer Minderjährigen von „Zwangsprostitution“ zu sprechen, ist begrifflich nicht korrekt, denn faktisch handelt es sich um Massenvergewaltigung. Ruhig, mit stolzer Körperhaltung erzählt Lucy von ihrer Kindheit und all dem, was ihr auf dem Weg von Lagos in das Wohnungsbordell in Aachen widerfahren ist.

Lucy ist 5 Jahre alt, als ihre Eltern bei einem Unfall ums Leben kommen. Die beste Freundin ihrer Mutter, „auntie“, nimmt sie in ihre Obhut. Lucy geht zur Schule und beginnt danach eine Ausbildung als Physiotherapeutin. Die Ausbildung kostete 25 Euro im Halbjahr und auntie ist nicht mehr bereit, die Kosten aufzubringen. So kommt das Angebot einer entfernten Bekannten gelegen, Lucy für drei Monate nach Deutschland mitzunehmen, wo sie in einem Hairdress-Shop Geld verdienen könne. Die gute Freundin verspricht, Pass, Visum und Flugticket zu besorgen.

Mit einem Pass, nach welchem Lucy 30 Jahre alt ist und einen anderen Namen trägt, reist Lucy gemeinsam mit der Bekannten nach Deutschland ein. In Deutschland angekommen, ändert sich der freundliche Tonfall der guten Freundin. Lucy soll die entstandenen Kosten für Flug und Dokumente zurückzahlen – insgesamt 30.000 Euro – und das, indem sie in der Prostitution in einem Aachener Wohnungsbordell arbeitet. Als Lucy sich dagegen wehrt, erinnert die „Madame“ sie an den Eid, den Lucy in der Anwesenheit eines Voodoo Priesters in Lagos abgelegt hat und schwor, die entstandenen Kosten zurückzuzahlen. Für den Fall, dass sie den Eid bricht, drohen Krankheit, Tod und Unglück über sie hereinzubrechen.

Lucy muss täglich bis zu 15 Freier bedienen, die zwischen 30 bis 50 Euro zahlen. Es ist ihr gleichgültig, wieviel bezahlt wird, da sie das Geld sowieso nicht behalten darf. Sie bekommt eine Infektion, trotz Schmerzen empfängt sie weiterhin Freier. Als sich einmal die Möglichkeit bietet, wegzulaufen, da die Wohnungstüre offen steht, ergreift sie diese Chance. Sie will nur weg, raus, sie läuft eine Straße entlang, wohin, weiss sie nicht. Am Straßenrand sitzend wird sie von der Polizei aufgegriffen. Mit einer schweren Infektion und ohne Dokumente kommt sie zu SOLWODI. Zum Schutz vor den Tätern ist sie an einem sicheren Ort anonym untergebracht.

Seit Januar 2011 unterhält SOLWODI eine Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Frauen in der Prostitution in Aachen. Frauen wie Lucy unterstützt SOLWODI durch psychosozialer Betreuung und der Begleitung in Gerichtsverfahren. Gleichzeitig machen die Mitarbeiterinnen in der Aachener Bordellstraße „Antoniusstraße“ Streetwork und nehmen Kontakt zu den ca. 200 Frauen in der Prostitution auf. Die Weitergabe von Informationen an die Frauen zu Aufenthalt, Rechte in der Prostitution und Vermittlung an Ärzte gehören genauso dazu, wie die sichere Unterbringung von Opfern von Menschenhandel – die auch in der Antoniusstraße ausgebeutet wurden.

Begriffe wie „Menschenhandel“, „Sklaverei“ werden eher mit dem transatlantischen Sklavenhandel des 19. Jahrhundert in Verbindung gebracht, nicht jedoch mit dem 21. Jahrhundert und noch weniger mit Deutschland. Weltweit werden 21 Millionen Menschen unter sklavereiähnlichen Verhältnissen in

Küchen, Haushalten, Baustellen und Bordellen ausgebeutet. Deutschland ist aufgrund der vergleichbar wirtschaftlichen Stabilität in Verbindung mit einem Armutsgefälle innerhalb der Europäischen Union und einer streng regulierten Migrationspolitik eines der Zielländer für Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in Westeuropa.

Im Jahre 2011 wurden dem Bundeskriminalamt zufolge 640 Frauen Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in Deutschland und 753 Tatverdächtige verurteilt. Dass die Dunkelziffer weitaus höher liegt, ist insbesondere Polizei und Hilfsorganisationen bewusst, denn nur ein Bruchteil der Frauen, die Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sind, werden gefunden oder sagen gegen die Täter aus. Eine Aussage zu machen, kostet die Frauen große Überwindung, denn die Arme der Täter sind lang und reichen teilweise über die Gefängnismauern hinaus. Meist sind die Drohungen,

der Familie oder dem eigenen Kind im Heimatland etwas anzutun, so einschüchternd, dass die Frauen von einer Anzeige absehen.

Ein Großteil der Frauen, die Opfer von Menschenhandel werden, kommt aus Rumänien, Bulgarien und Nigeria. Allen Frauen gemeinsam ist, dass sie in der Migration ein Perspektive auf ein besseres Leben für sich und ihre Familie sehen. Täter nutzen den Migrationswillen der Frauen, der nicht selten mit einer Not-situation, finanziellen Schwierigkeiten oder Krankheit eines Familienmitgliedes verknüpft ist.

Mit falschen Jobversprechungen werden die Frauen getäuscht und nach Deutschland gebracht. Anderen Frauen, die in der Heimat bereits der Prostitution nachgingen, werden bessere Verdienstmöglichkeiten in der Prostitution in Deutschland versprochen, müssen dies jedoch unter unwürdigen Bedingungen tun und können das Geld nicht behalten.

Deutschland versäumt seit Jahren, den Menschenhandel im eigenen Land zu bekämpfen. Wie gering das Interesse der Bundesregierung ist wird deutlich, als sie am 6. April 2013 die Frist verstreichen ließ, die EU-Richtlinie 2011/36/EU in nationales Recht umzusetzen. Die Umsetzung hätte einen besseren Schutz und mehr Hilfe für Betroffene bedeutet. Stattdessen verabschiedete der Bundestag gegen den Rat von Expertinnen ein Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels und zur Regulierung von Prostitutionsstätten, um im letzten Moment den drohenden Sanktionen der EU zu entgehen. Das neue Gesetz sieht weder ein Bleiberecht für Opfer von Menschenhandel, noch bessere Möglichkeiten der Strafverfolgung im Vorgehen gegen die Täter oder die Abschöpfung ihrer Gewinne vor.

Lucy hatte den Mut, von ihrer Peinigerin wegzulaufen und ist jetzt in Sicherheit. Nach Nigeria zurück möchte sie nicht, denn die Menschen, denen sie vertraute, haben sie in die jetzige Situation gebracht. Ob sie jedoch nach Abschluss des Verfahrens in Deutschland bleiben darf, bleibt vorerst offen.

Roshan Heiler (SOLWODI Aachen)

Gruppe von Frauen aus Bulgarien und Rumänien auch auf den Feldern und sie mussten im Laufschrift arbeiten. Ein Vorarbeiter, ein Landsmann, schrie die Frauen in ihrer Muttersprache ständig im Kasernenton an. Als die Frauen dann im Laufschrift zurück zu ihrem Transporter sollten, mussten sie vorher noch ihre Arbeitsgerätschaften an einem entfernt stehenden Wagen aufhängen. Eine Mitarbeiterin hatte nicht bemerkt, dass ihr Arbeitsgerät wieder auf den Boden gefallen war. Sie wurde so angeschrien von diesem Vorarbeiter, dass der KAB-Kollege einschritt und einforderte menschenwürdig mit den Mitarbeiterinnen umzugehen. Ein drittes Beispiel ist aus einem Betrieb, in dem es keinen Betriebsrat gibt. Auch dort arbeiten Leihar-

beitnehmer, trotz Leugnung durch die Geschäftsführung. Diese Arbeitnehmerinnen, es sind zu 90% Frauen, können kein Wort Deutsch, werden zu den Werkstoren gebracht und abgeholt, abgeschottet von den Beschäftigten und wohnen irgendwo auf dem Land in Dörfern völlig für sich alleine nur mit ihren Landsleuten zusammen. Wie sie untergebracht sind, welche Vergütung sie haben, welche Rechte sie haben, wissen diese Leiharbeitnehmerinnen nicht. Ein viertes Beispiel ist aus einem gewerblichen Familienbetrieb, der schnell sehr groß geworden ist. Die Strategie ist hier folgendermaßen: Bei Zukauf weiterer Unternehmen wird erst einmal das Betriebsklima zerstört. Dann werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alle Vergünstigen gestrichen.

Dann wird – ohne Lohnausgleich – die Arbeitsstundenzahl um 4 Wochenstunden erhöht plus Verfügungsmöglichkeiten für den Arbeitgeber von weiteren 4 Stunden ohne Lohn- und Freizeitausgleich. Neue Mitarbeiter müssen dies sogleich unterschreiben. Bei den langjährigen Mitarbeitern wird so lange Druck gemacht bis sie den neuen Arbeitsvertrag akzeptieren. Wir haben ein Klima der Angst vor Arbeitsplatzverlust geschaffen und damit verbunden die Gefahr vom Abdriften in Armut, so dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen zu leiden haben, keine Möglichkeit sehen sich zu wehren.

Johannes Eschweiler

„Estamos em campo a tratar da nossa libertação!“ „Wir stehen im Kampf um unsere Befreiung!“ Neuzeitliche Sklaverei in Maranhão (Brasilien) und der Widerstand der Unterdrückten

Am 30. Oktober 2010 fand man, nur wenige hundert Meter von seinem Haus entfernt, die Leiche von Flaviano Pinto Neto, von sieben Pistolenschüssen u.a. in den Kopf durchlöchert. Der feige Mord verfolgte nur ein Ziel, den Zusammenbruch des Widerstands der Quilombo-Gemeinde Charco, für den Flaviano stand.

Er hatte sich dafür eingesetzt, dass sich die Bewohner von Charco mit Betroffenen anderer Dörfer gegen Ausbeutung und Vertreibung zur Wehr setzten. Mit ruhiger Beharrlichkeit hatte er Verwandte und Nachbarn über ihre Rechte aufgeklärt, zu solidarischem Handeln bewegt und dafür gewonnen, die Pachtzahlungen an den Großgrundbesitzer Manoel de Gentil Gomes für die Nutzung ihres angestammten Bodens zu verweigern.

Flavianos Ende und das Schicksal der Familien von Charco spielen sich ab vor dem Hintergrund zweier Mechanismen der Ausbeutung: Schuldklaverei und Leibeigenschaft.

Schuldklaverei

Alljährlich erreichen die „Kommission Landpastoral“ (Comissão Pastoral da Terra – CPT), eine kirchliche Vereinigung zum Schutz der Landarbeiter und ihrer Rechte, zwischen 200 und 300 Anzeigen über Schuldklaverei. Davon betroffen waren in den vergangenen 17 Jahren 44.000 ArbeitnehmerInnen in Viehzucht, Holzkohleherstellung, Metallverhüttung sowie Zuckerrohr- und Obstanbau. Mit falschen Versprechungen werden die Arbeiter von Anwerbern, die man als „gatos“ („Schleichkatzen“) bezeichnet, zu Ernte- und Kulturpflegearbeiten auf entlegene Landgüter geschafft, wo ihnen der „Patrão“ nach einer Zeit harter Arbeit angebliche Unkosten für Transport, Arbeitsmaterial und übertriebene Lebensmittel vom Lohn abzieht, schließlich den Lohn ganz vorenthält und sie so von Monat zu Monat in immer höhere Schulden treibt und am Verlassen der Arbeitsstelle hindert.

Die Mehrzahl der Opfer sind Landarbeiter aus Maranhão und Piauí. Gelegentlich gelingt es den Sondereinheiten der Bundespolizei, die Menschen aus ihrer desolaten Lage zu befreien; doch sank deren Anteil in den letzten Jahren auf weniger als die Hälfte der Betroffenen.

Da nicht alle Fälle zur Anzeige kommen, geht die CPT von einer erheblich höheren Zahl versklavter Personen aus. Und die Sklavenhalter? Hat man sie erst einmal – wie den derzeitigen Präfekten der Provinzhauptstadt Codó, José Rolim Filho, oder Rui Carlos D. Alves da Silva, den Besitzer der Agranos – Fazendas Sanganhá in Codó – der praktizierten Schuldklaverei überführt, so können sie zwar nicht mehr mit öffentlichen Krediten für ihre fragwürdigen Investitionen rechnen, doch kommen sie in der Regel mit geringen Entschädigungsleistungen davon.

Leibeigenschaft

Maßgebliche Grundlage dieser Form moderner Sklaverei ist die Konzentration von Grund und Boden, die im Nordosten Brasiliens weltweit führendes Ausmaß erreicht hat. Seit der Verabschiedung des „Landgesetzes von Maranhão“ (1969) wechselten rund 90 % aller landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, die sich bis dahin in Staatshand befanden, in Privatbesitz.

Insbesondere Familienangehörige und Anhänger des seit fast 50 Jahren regierenden Sarney-Clans verstanden es, sich aus öffentlichem Eigentum üppig zu bedienen. In halbstaatlichen Immobilienbüros wurden ihnen Jahr für Jahr großzügig Eigentumstitel zugeschanzt. Von der ortsansässigen Bevölkerung wird bis heute durch „Verwalter“ eine Nutzungspacht, „foro da roça“, meist in Naturalienform, abverlangt: 120 bis 180 kg Reis, Mais oder Maniokmehl auf jeden Drittelhektar bestellten Landes müssen die Kleinpächter aufbringen, was je nach Bodenverhältnissen und klimatischen Bedingungen 25 – 45% des Ernteertrages ausmacht. Für solche Zwangsmaßnahmen gegenüber der alteingesessenen Bevölkerung existieren keine rechtliche Grundlagen. Wer nicht zahlen kann, wird zu Ersatzdiensten auf den Fazendas der Großgrundbesitzer herangezogen. Nicht einmal vor den von Kleinbauern bearbeiteten Feldern machen die Fazendeiros Halt und ruinieren noch die letzten Anbauwinkel, indem sie flächendeckend Grassamen ausbringen oder ihre Rinder hineintreiben lassen. Durch Abmähen des wieder austreibenden Buschbestandes, Herbizideinsatz und Abbrennen sorgen sie dafür, dass sich naturbelassene Kulturlflächen nach einigen Jahren in mäßig



Erinnerung an Flavio Pinto Neto in Charco 2012

produktive Grassteppen verwandeln. In den Regionen mit Überresten von Waldflächen und mit langer Siedlungsgeschichte im Norden Maranhãos gehen so Naturzerstörung und menschliche Existenzvernichtung Hand in Hand. Nach den Vorstellungen der Fazendeiros und der Agrarfirmen soll die verbliebene Bevölkerung zunehmend verarmen und so zum „freiwilligen“ Wegzug gedrängt werden. Damit wäre der Weg für organisierten Landverkauf oder Komplettrödung geebnet und dem industriellen Vertragsanbau oder der Verpachtung an Soja-, Zuckerrohr- oder Eukalyptuserzeuger Tür und Tor geöffnet.

Widerstand

Zu Konflikten mit der einheimischen Bevölkerung kommt es dann, wenn die betroffenen Familien nicht länger den „foro da roça“ entrichten und beginnen, sich gegen Misshandlung und Willkür zu wehren. Träger des Widerstands sind die oft jahrhundertealten, im sorgsamsten Umgang mit den natürlichen Ressourcen geübten Quilombo-Gemeinschaften, die in den letzten Jahren ein robustes Selbstbewusstsein ihrer sozialen und kulturellen Zusammengehörigkeit entwickelt haben. Sie verstehen sich als Nachfahren der aus

Afrika nach Maranhão deportierten und an die europäischen Pflanzer verkauften Sklaven, außerdem der Indios, die über Jahrhunderte von den Kolonisatoren in die Wälder des flussreichen Hinterlandes zurückgedrängt worden waren. Immer wieder trafen im Landesinneren entflozene Sklaven mit Indigenen zusammen und schufen mit der Zeit Hunderte von Ansiedlungen, sogenannte Quilombos oder Mocambos, was „Zufluchtsstätte“ bedeutet. Andere Quilombo-Gemeinschaften gehen auf Gruppen zurück, die nach der offiziellen Beendigung der Sklaverei auf den von weißen Farmern verlassenen Plantagen oder in deren Umfeld zurückgeblieben waren. Gemeinsames Erbe aller Quilombos sind neben der territorialen Verwurzelung das Fortleben der afro-brasilianischen Kultur und tiefe Religiosität.

Unter dem Druck der Übergriffe der Privateigentümer gründeten die Bewohner erst vor 3 Jahren die Bewegung MOQUIBOM (Movimento Quilombola do Maranhão). Dabei war es nicht zuletzt die Ermordung von Flaviano aus Charco, die der Bewegung Aufschwung auf derzeit mehr als 130 organisierte Gemeinden bescherte und zu den Demonstrationen von MOQUIBOM immer mehr

AktivistInnen auf die Straße brachte. Hauptziel ist die Durchsetzung der von Bundes- und Landesverfassung garantierten Grundrechte, vor allen des Rechts auf formelle Anerkennung der Quilombo-Territorien.

MOQUIBOM organisierte von Mai 2011 bis März 2013 bereits sechs Demonstrationencamps und mehrtägigen Besetzungen des INCRA-Büros (zentrale Behörde für Siedlungswesen und Landreform) in der Landeshauptstadt São Luis. Es kam zu Straßenblockaden, Protestaktionen vor dem Hohen Gericht und Hungerstreiks. In Charco, Flavianos Heimatdorf, halten die Einwohner seit 2012 ihr Land besetzt und haben genau an der Stelle, an der ein Rinderpferch, das Symbol der vormaligen Herrschaft, gestanden hatte, ihr Widerstandscamp errichtet. Dank des entschlossenen Widerstandes von MOQUIBOM sahen sich die zuständigen Ministerien in Brasilien außerstande, die Schwere der Menschenrechtsverstöße und die Handlungsunfähigkeit oder -unwilligkeit von INCRA-Maranhão in Abrede zu stellen. Drei Bundesminister wurden – einmaliger Vorgang in Maranhão – zu Verhandlungen nach São Luis in Marsch gesetzt und ein Handlungsplan für Härtefälle vereinbart, von dem bis heute, eineinhalb Jahre später, so gut wie nichts umgesetzt ist. Die Tatenlosigkeit der staatlichen Behörden angesichts zunehmender Gewalt gegenüber Quilombos, Indios und anderen Bevölkerungsgruppen sowie das Anheizen der Konflikte durch einseitige Förderprogramme zugunsten von Großprojekten der Agrarindustrie zeugen vom Mangel an politischem Willen und von der Hohlheit des Menschenrechtsdiskurses der Regierung von Präsidentin Dilma Rousseff.

Unterdessen setzen MOQUIBOM, indigene Völker und sympathisierende Gruppen ihren Kampf gegen Naturzerstörung und Privatisierungen fort. Ende 2012 wurde einem Mitstreiter von MOQUIBOM der João-Canuto-Preis der Menschenrechtsorganisation MHuD (Movimento Humanos Direitos) verliehen. Traditionelle Gemeinden, Flussanrainer, Indigene und Quilombos unternehmen derzeit Schritte zur Bündelung ihrer Kräfte und bereiten ein Strategie-Camp vor. Auch aus Charco, Flavianos Heimatdorf, werden seine Verwandten und Freunde dazustoßen und gemeinsam zum Tanz antreten. Dabei wird das alte Indiolied erklingen: „Reih’ dich ein: Wer nicht mit der Ameise tanzt, der hüte sich, den Ameisenhaufen aufzumischen!“

┃ *Martin Micha, Mitarbeiter der CPT Coroaá (Maranhão)*

Wie wir konsumieren, entscheidet über das Leben von Menschen anderswo

Fair gehandelte Kleidung hält erst zaghaft Einzug in die Weltläden, wo hauptsächlich Kaffee, Tee, Schokolade und Kunstgewerbe angeboten werden. Kleidung kaufen die Leute im Allgemeinen in den großen Kaufhäusern, wo es eine riesige Auswahl, oft zu billigsten Preisen gibt.

Der Wahn, alles billig erstehen zu wollen, lässt uns – oft ohne darüber nachzudenken – eine Situation unterstützen, die die Umwelt ausbeutet und vor allem die Arbeitskraft der Menschen, die die Produkte herstellen, schamlos ausnutzt. Zu welch entsetzlichen Folgen unser Kaufverhalten führen kann, haben wir durch die uns in den letzten Monaten vor Augen geführten Katastrophen in Textilfabriken einiger Billiglöhnländer erfahren. Die Bilder verbrannter oder eingestürzter Fabriken in Bangladesch und Pakistan, wo fast alle in Deutschland vertretenen Textilketten produzieren lassen, mit hunder-

ten Toten sind vielen noch unvergessen. Überprüfte Sicherheitsstandards, angemessener Lohn, genügend Arbeitspausen und Urlaub, verträgliche Arbeitszeiten: alles Fehlanzeige! Und das nur, damit hier der Stückpreis ein paar Cent billiger wird!

Aus diesem Grund versucht unser Team fair gehandelte Kleidung in unserem Laden anzubieten. Aber die Schwierigkeit liegt immer noch darin, für faire Kleidung „Hersteller zu finden, die die Anforderungen erfüllen. Es gibt viele Zulieferer, die ein schönes Konzept haben, aber im Großen und Ganzen nicht komplett fair und transparent sind.“ (FairWearFoundation, zitiert nach Welt & Handel, Ausgabe 05.2013). Es sollte darum gehen, dass alle Schritte in der Kleidungsherstellung an den Maßstäben von „bio und fair“ ausgerichtet sind: zum Beispiel der Baumwollanbau, das Weben und Färben des Stoffes, das Zusammennähen und Verpacken. Außerdem soll das Kleidungsstück noch

schick und cool sein und die modischen Ansprüche erfüllen. Aber die Produkte der wenigen Anbieter, die diesen Bedingungen nachkommen, haben oft kaum erschwingliche Preise.

Einige wenige auch für kleine Geldbeutel bezahlbare Kleidungsstücke haben wir vom Eine-Welt-Laden in Krefeld hauptsächlich bei Fair & Global gefunden, wo wir weitgehend unsere Richtlinien eingehalten sehen. Fair & Global lässt in Kleingewerbe-Betrieben in Thailand, Nepal und Peru nach Fair-Trade-Prinzipien arbeiten. Zurzeit beziehen wir von ihnen T-Shirts und die gerade jetzt für den Sommer so bequemen Thai-Wickelhosen, die sowohl bei Trägerinnen als auch Trägern die Individualität hervorheben. Folgende Bemerkung haben wir bei Fair & Global gefunden: „Wir freuen uns jeden Tag darüber, dass wir mit unserem Angebot einigen Menschen dabei helfen können, unter fairen und sozial gerechten Bedingungen zu arbeiten und sich so eine gesunde und

sichere Existenz aufbauen zu können.“ Das Kleidungs-Angebot in Weltläden kann – wie bei Kaffee, Tee und Schokolade – immer nur eine Anregung und Aufforderung dafür sein, weltweit

faire Handelsbedingungen zu verlangen und diese bei den großen Firmen immer wieder einzufordern.

┃ *Gerlinde Wientgens (Eine-Welt-Laden Krefeld)*



Bangladesch: Sie nähen, um unsere Sucht nach billigen und modischen Kleidungsstücken zu befriedigen.

Foto von: Carole Crabbe/Clean Clothes Campaign. Lizenz CC BY 2.0

Die europäische Flüchtlingspolitik bricht massiv Menschenrechte

Die verzweifelte Lage der Flüchtlinge spielt den Menschenhändlern in die Hände

Seit Jahrzehnten steigt die Zahl der Opfer einer immer restriktiver und unmenschlicher werdenden europäischen Flüchtlingspolitik. Aufgrund der sich stetig verschlechternden Lebensbedingungen in Afrika und in vielen asiatischen Ländern, verursacht durch Krieg, Hunger, Klimakatastrophen und die negativen Folgen der neoliberalen Globalisierung, haben viele Menschen kaum zu essen. Wo es für sie keine medizinische Versorgung gibt, sie keine Lebens-, ihre Kinder keine Entwicklungschancen haben, treibt pure Not Millionen von ihnen in die Flucht.

Diese Menschen haben nur die Wahl, zu verhungern, zu verdursten, an einer unbehandelten Krankheit zu sterben oder zu fliehen, vor allem nach Europa. Auf dem Weg dorthin stranden viele hilflos an einer der Außengrenzen Europas, am Evros, dem Grenzfluss zwischen der Türkei und Griechenland, in der Ägäis, im Mittelmeer oder in einer der nordwestafrikanischen Küstenregionen, insbesondere in Marokko. Tausende von Flüchtlingen, denen es trotz aller Repressalien gelingt, auf Booten Richtung Europa einen Platz zu finden, kommen bei ihren Versuchen, den europäischen Kontinent über das Mittelmeer zu erreichen, ums Leben.

An den Außengrenzen der EU wird alles unternommen, um Flüchtlingen den Zutritt zu verwehren. Die Politik hat Europa durch unüberwindbare, militärisch gesicherte Grenzzäune und durch Verfolgung der Flüchtlinge in der Ägäis, im Mittelmeer und an der atlantischen Küste, zu einer uneinnehmbaren Festung gemacht. Jedes Jahr verbluten Menschen bei dem Versuch, den sechs Meter hohen Stacheldrahtzaun zwischen Marokko und der EU zu überwinden. Die EU lässt es zu, dass zahllose, in den letzten Jahren Hunderte von Flüchtlingen bei ihren Fluchtversuchen im Mittelmeer ertrinken. Viele werden durch die parlamentarisch nicht kontrollierte „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“ (Frontex) aus dem Hoheitsgebiet der EU zurück-

gedrängt, was oft ihren Tod zur Folge hat. Marokko und Libyen werden von der EU jedes Jahr mit Millionen Euro unterstützt, um unter Missachtung der Menschenrechte Flüchtlinge von der EU fernzuhalten.

Zu diesen Abwehrmaßnahmen gehört vor allem die sog. Dublin-Verordnung, in der die Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf Asylverfahren geregelt wird und die gerade in ihrer dritten Fassung vom EU-Parlament beschlossen worden ist. Diese Verordnung bestimmt, dass ein Flüchtling in dem europäischen Land einen Asylantrag stellen muss, in das er zuerst eingereist ist, und dass er in das Land dieses Erstkontaktes zurückgeschickt wird, wenn er in ein anderes Land weiterreist. Diese Regelung erweist sich für die Betroffenen als höchst bedrohlich, denn in der Mehrzahl der Fälle erfolgt die Abschiebung in ein Land, das menschenrechtliche Standards für die Flüchtlinge entweder nicht einhalten will oder kann.

Bei der Umsetzung der politischen Vorgaben haben die Ausländerbehörden zahlreiche Hürden aufgebaut, die den Flüchtlingen den Zugang zu den Ländern der EU verwehren bzw. ihnen den Aufenthalt unerträglich machen sollen, wie willkürliche Abschiebungen, rigider Umgang mit Flüchtlingen in vielen Ausländerämtern, Inhaftierung von Flüchtlingen ohne jedes strafrechtliche Vergehen (z.B. Abschiebehafte), Verdrängung von nicht anerkannten Flüchtlingen in die Illegalität mit erheblichen Folgen für Versorgung, Gesundheit, Ausbildung der Kinder, Streichung von Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wenn „fehlende Mithilfe“ oder Erschleichung von Sozialhilfe unterstellt wird, was häufig willkürlich und unkorrigierbar geschieht.

Die Lebenssituation von Flüchtlingen ist selbst bei Duldung völlig ungesichert, denn sie erfolgt lediglich für jeweils kurze Zeitabschnitte. Jede neue Überprüfung kann die Abschiebung zur Folge haben. Diese Prozedur erstreckt sich oft über



Hamburg August 2013: Libysche Flüchtlinge demonstrieren für ihre Rechte. Sie waren vor dem Krieg geflohen und können nicht zurückkehren, weil sie in Libyen nicht willkommen sind. Sie sitzen in Lagern fest und bekommen kein Asyl.

Jahre (sog. Kettenduldungen) und endet dann doch mit der Abschiebung von Menschen, die bis dahin häufig seelisch zerrüttet sind. In letzter Zeit waren besonders Roma, oft ganze Familien, von sog. Sammelabschiebungen betroffen.

Während der Zeit der Asylverfahren gilt für das erste Jahr ein Arbeits- und Ausbildungsverbot, womit diesen Menschen jede soziale und gesellschaftliche Integration verwehrt wird; danach ist es für sie aufgrund ihrer unsicheren Aufenthaltsdauer kaum möglich, einen Arbeitsplatz zu finden. Jugendliche haben zwar ein Recht auf Ausbildung, die kurze Zeit der Duldung oder die Ungewissheit über die Zukunft

Im ersten Jahr der Asylverfahren gilt ein Arbeits- und Ausbildungsverbot, womit diesen Menschen jede soziale und gesellschaftliche Integration verwehrt wird.

Zuwendungen wenig geändert, denn vielfach erfolgen weiterhin schikanöse Kürzungen und diskriminierende Sach- statt Geld-Leistungen.

In Tampere wurde vom Europäischen Rat im Jahre 1999 u.a. die Bedeutung der „unbedingten Achtung des Rechts auf Asyl“ bekräftigt und eine gemeinsame europäische Asylpolitik beschlossen, die, so der finnische Ratspräsident, „sich auf die uneingeschränkte und allumfassende Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention stützt“, und er erklärte, „dass alle zu beschließenden Maßnahmen an dieser zu messen seien.“ Von diesen Absichtserklärungen ist bis heute fast nichts umgesetzt worden, die Verletzungen der Menschenrechtskonvention bestimmen den Alltag der Flüchtlings- und Asylpolitik. Mit der „Dublin II“-Verordnung von 2003 hat sich eine rigide Abschottungspraxis der EU gegenüber Flüchtlingen durchgesetzt, die

Grenzkontrollen wurden bis zur nahezu totalen Undurchlässigkeit verstärkt und die Möglichkeiten, Asyl in der EU zu beantragen, sind, bis auf wenige politisch gewollte und ökonomisch nutzbare Ausnahmen, auf ein Minimum geschrumpft.

Das alles aber hat nicht zuletzt zur Folge, dass Menschenhändler das Elend und die Verzweiflung der Flüchtlinge ausnutzen, um viele von ihnen in sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse zu drängen. Vor allem jüngere Menschen, insbesondere Frauen und Mädchen, werden entführt und als Ware gehandelt, andere werden mit falschen Versprechungen nach Europa gelockt, wo sie ausgesaugt und weg- geworfen werden.

Für diese Zustände ist die europäische Flüchtlingspolitik in hohem Maße verantwortlich, die in einem erschütternden Kontrast zu den Grundwerten, steht, auf denen die europäische Zivilisation basiert, und die mit der Menschenrechtscharta der UN, der Europäischen Menschenrechtscharta und mit unserem christlichen Auftrag unvereinbar ist.

Dr. Günter Rexilius

Skandal Kinderarbeit

Unsere Schnäppchenkultur zerstört Kinderleben

Der Begriff der Kinderarbeit ist komplex. Er beinhaltet auf der einen Seite die Mithilfe der Kinder im elterlichen Haushalt oder Betrieb, die man allgemein als positiv betrachtet, da sie das Selbstwertgefühl und den Sinn für Zusammengehörigkeit fördert. Auf der negativen Seite – und das soll uns hier beschäftigen – steht die Kinderarbeit, die von Ausbeutung und Gefährdung gekennzeichnet ist. Kinder in diesem Sinne sind solche, die noch keine 13 Jahre alt sind.

Fakten

Terre des Hommes und Unicef haben im Jahr 2010 folgende Fakten ermittelt: ■ Über 350 Millionen Kinder arbeiten weltweit in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen z.B. als Diamantschleifer, Kakaopflücker, Teppichknüpfer, ... ■ 115 Millionen dieser Kinder sind bei ihrer Arbeit zudem akut gefährdet, denn sie arbeiten in Steinbrüchen, sind auf Plantagen giftigen Chemikalien ausgesetzt, arbeiten nachts oder in Schichten, sind Kindersoldaten oder müssen sich prostituieren. Zudem arbeiten sie überwiegend ohne Bezahlung oder in

Schuldnechtschaft.

■ In aller Regel sind diese Kinder Analphabeten, denn sie haben keine Möglichkeit, von ihrem Menschenrecht auf Bildung Gebrauch zu machen und eine Schule zu besuchen.

Ursachen

Da ist zunächst einmal die Armut der Familien, die sich häufig von Generation zu Generation weiter vererbt, denn ohne Bildung gibt es keinen Ausweg aus diesem Teufelskreis.

Die betreffenden Regierungen vernachlässigen die Bildungssysteme; hinzu kommt, dass Schulgeld, Kosten für Bücher und Schuluniformen für viele Familien unerschwinglich sind.

Darüber hinaus gelten in manchen Ländern Frauen und Mädchen als minderwertig und werden von Bildung und Schule von vornherein ausgeschlossen. Ähnliches gilt oft auch für soziale Gruppen wie Migranten, indigene Bevölkerung oder Angehörige bestimmter Religionen.

Wenn Eltern infolge von Krankheit (z.B. AIDS) sterben, sind die Kinder mangels staatlicher und privater Unterstützung auf sich gestellt und müssen sich

ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Nicht selten sind Behörden und Polizei an einer Verbesserung des Systems nicht interessiert, da sie davon profitieren oder sich bestechen lassen.

Wenn ein Arbeitgeber die Wahl hat zwischen Erwachsenen und Kindern, stellt er häufig die billigeren Arbeitskräfte, also die Kinder, ein. Es kann auch sein, dass Kinder anstelle ihrer arbeitslosen Eltern die Familie ernähren müssen, da es keine soziale Absicherung für die Eltern gibt.

Natürlich können die Kinder sich auch nicht gewerkschaftlich organisieren.

Was wir tun können

Man wird zunächst einmal mit einem Boykott der Waren und Firmen, die sich auf Kinderarbeit stützen, reagieren. Doch ein Boykott allein ändert nicht zwangsläufig das System, sondern trifft außer den betreffenden Firmen auch die Kinderarbeiter. Deshalb bedarf es flankierender Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Struktur zielen. Man muss also auf die Firmen durch öffentlichen Druck einwirken, dass sie sich verpflichten, die Arbeits- und Gesundheitsbedingungen zu ver-



Hier wird Schotter für den Straßen- und Hausbau in Indien von Kindern hergestellt. Sie arbeiten ohne Aussicht, etwas anderes als Steinklopfen zu erlernen.

bessern. Dass öffentlicher Druck etwas bewirken kann, hat man kürzlich bei den Protesten nach dem Brandunglück in Bangladesch gesehen.

Eine weitere wirksame Maßnahme wäre, die Schulen flexibler zu machen, damit mehr Kinder die Möglichkeit bekommen, zur Schule zu gehen. Auch die Arbeitsbedingungen der Eltern müssen parallel dazu verbessert werden z.B. durch die Vergabe von günstigen Krediten an die Eltern geschehen. Zum Glück gibt es Firmen, die sich für Strukturverbesserungen in den betreffenden Ländern einsetzen und die wir durch unser Kaufverhalten finanziell

und ideell unterstützen können.

Vor allem aber gibt es Nicht-Regierungs-Organisationen wie etwa Terre des Hommes oder Unicef, die konkrete Hilfe vor Ort leisten und die unsere Unterstützung dringend benötigen. Als ein Beispiel unter vielen möchte ich hier auch das Projekt „Samenkorn“ unter dem Dach des Mönchengladbacher Eine-Welt-Forums nennen, das seit etlichen Jahren vielen Kindern der Mayabevölkerung in Guatemala eine Schul- und Berufsausbildung ermöglicht.

Konrad Multmeier
Amnesty-Gruppe Mönchengladbach
Quellen: www.tdh.de; www.unicef.de

Ignacio Suarez – Weitermachen und das Neue suchen

Wie ein DHL-Mitarbeiter in Kolumbien um ein gutes Leben kämpft und dabei auch Jugendlichen Mut macht

Ignacio Suarez¹, ein Mann Mitte 50, will für seine Familie das Überleben sichern und den Kindern eine bessere Zukunft ermöglichen. Er glaubt an die Möglichkeit einer gerechteren Welt. Deswegen kämpft er um seinen Arbeitsplatz.

Schauplatz dieses Kampfes ist Bogotá, die Hauptstadt Kolumbiens in Südamerika. Er arbeitet seit mehr als zehn Jahren beim Luft- und Seefrachtzweig der DHL. Unter dem Markennamen DHL betreibt die Deutsche Post ihre weltweiten Speditionsaktivitäten². In Deutschland sehen die gelben DHL-Wagen mit den roten Buchstaben genauso wie in Kolumbien aus. Sportfans in aller Welt haben die DHL-Werbung auf Rennautos der Formel Eins und auf Trainingsstricks von Manchester United vor Augen. Geschwindigkeit und Organisation sollen die Markenzeichen von DHL sein. Ignacio arbeitete bei DHL –, so muss es genauer heißen. 2012 wurde sein Arbeitsplatz am Flughafen ausgelagert. In der neuen Firma, einem Dienstleister für Expeditionen, übt er die gleichen Funktionen wie zuvor aus. Begründung von DHL: die Betriebskosten in Kolumbien sind zu hoch. Durch die Auslagerung der Arbeitsplätze spart DHL nicht so sehr bei den Löhnen, sondern vor allem bei den Kosten für Versicherungen und Genehmigungen.

Im Hintergrund steht auch das neue, höchst umstrittene Freihandelsabkommen mit den USA – und nun auch bald mit der EU. Es erhöht den Konkurrenzkampf unter den internationalen Speditionsfirmen. Da muss DHL sich anstrengen, die in Kolumbien hergestellten Industrieprodukte konkurrenzfähig in die anderen Länder Lateinamerikas und nach Europa zu versenden.

Bis auf wenige Abstriche bei der Gesundheitsversorgung wurden Ignacio im neuen Unternehmen die gleichen Arbeitsbedingungen gewährt wie zuvor. Er hat vor allem weiterhin einen unbefristeten Arbeitsvertrag, was eine Seltenheit ist. Diese gibt es nach den Flexibilisierungen und Privatisierungen in Kolumbien während der letzten etwa 15 Jahre praktisch nicht mehr. Was kostet Ignacios Arbeitsplatz? Mit Lohnnebenkosten bezahlt das Unternehmen etwa 480 Euro monatlich für ihn. Was leistet er dafür? Am Flughafen hat er eine verantwortungsvolle Arbeit: er fertigt unter den Augen der Drogenpolizei Waren für den internationalen Versand ab. Er ist ein geschätzter Kollege, weil er zuverlässig und verantwortungsvoll arbeitet.

Ignacio fährt täglich zwei Stunden mit dem Bus durch die berüchtigten Staus zur Arbeit am Flughafen und abends zwei Stunden zurück. Seine Schichten in der Abfertigung sind meist länger als die bezahlten 10 Stunden. Wenn er morgens um 6.30 Uhr das Haus verlässt kommt er nicht selten erst um 22 Uhr oder noch später nach Hause. Überstunden werden nicht gezahlt. Wer nicht genug leistet oder häufiger krank

ist, wird aus Spargründen entlassen. Verfügbarkeit je nach Bedarf wird während sieben Tagen die Woche erwartet. Wem es nicht passt, der kann ja gehen ... Ignacio hat schon viele Kollegen kommen und gehen sehen.

Bei 9,2 % offizieller Arbeitslosigkeit (Juni 2013)³ und bei geschätzten 50% Unterbeschäftigung in seinem Viertel kommt das für Ignacio überhaupt nicht in Frage. Erst recht nicht in seinem Alter, denn er rechnet sich keine Chance auf einen annähernd gleichwertigen Arbeitsplatz aus. So lebt er unter der aufgezwungenen Devise:

Besser unter den bestehenden Bedingungen ausgebeutet werden als ohne Arbeitsplatz gar nicht ausgebeutet werden.

Er verdient beim neuen Arbeitgeber genauso viel bzw. genauso wenig wie vorher: 750.000 kolumbianische Pesos, das entspricht etwa 300 Euro.

Wegen seiner Verantwortung verdient er 50 Euro mehr als den Mindestlohn. Davon lebt seine sechsköpfige Familie, Maria, seine Frau, die vier Kinder zwischen 12 und 19 Jahren und er. Das macht am Tag 10 Euro für 6 Personen bzw. 1,66 Euro pro Person. Und das bei Lebenshaltungskosten, die nur wenig niedriger als in einer deutschen Stadt sind. Seine Frau kocht ihm morgens das Mittagessen: es besteht aus Kartoffeln, Reis und fritierter Banane. Mit anderen Worten: die Familie hungert, vor allem am Monatsende.

Schulskosten der Kinder spart sie sich vom Munde ab. Die Kleidung ist billig und schnell abgetragen. Die Familie lebt seit mehr als zehn Jahren unter diesen Bedingungen. Ende 2012 fand Maria eine Halbtagsstelle, bei der sie 400.000 Pesos, etwa 160 Euro dazuverdient. Das entspannt die Situation etwas, aber die Kinder kosten auch mehr. Die älteste Tochter findet keinen Ausbildungsplatz und nimmt Gelegenheitsjobs an. Der zweitälteste Sohn hat wegen guter Schulleistungen ein Stipendium fürs Informatikstudium ergattert.

Ignacio ist im Vergleich mit den vielen befristet Angestellten und den Straßenhändlern noch in einer privilegierten Situation. Mit seinem neuen Vertrag haben er und seine Familie weiterhin kostenlosen Zugang zur Gesundheitsversorgung, wenn auch auf unterstem Niveau. Als das jüngste Kind neulich eine Blinddarmentzündung hatte, wäre der Junge beinahe gestorben. Sie hatten zehn Stunden in der Notaufnahme des zuständigen Krankenhauses gewartet – ohne dass ein Arzt oder Ärztin sich das Kind angeschaut hätte. Die Eltern beschlossen, das Kind in ein teures, katholisches Krankenhaus zu bringen. Dort wurde es notfallmäßig operiert und überlebte. Dafür musste die Familie innerhalb einer Woche ein Monatsgehalt aufreiben. Den Rest über-



So lebt er unter der aufgezwungenen Devise: Besser unter den bestehenden Bedingungen ausgebeutet werden als ohne Arbeitsplatz gar nicht ausgebeutet werden.



nahm der Solidaritätsfonds des Krankenhauses. – Glück gehabt.

Die Frage nach der Rolle von Gewerkschaften und Parteien liegt auf der Hand. Durch massive Einschüchterung und die entsprechende Gesetzgebung wurden die Gewerkschaften in Kolumbien über Jahrzehnte geschwächt. Kolumbien ist ein gefährliches Land für Gewerkschafter. Im Jahr 2012 wurden 20 Gewerkschafter aus politischen Gründen umgebracht.⁴ Für Ignacio und seine Kollegen spielen sie keine Rolle. Sie trauen sich erst gar nicht, sich zu organisieren. Untereinander hilft man sich, ansonsten muss jeder für sich selber schauen, wie er durchkommt. Es ist eine der großen gesellschaftlichen und politischen Aufgaben in Kolumbien, gewaltfreie Wege zur Bearbeitung der unterschiedlichen, häufig eben auch widersprüchlichen Interessen zu entwickeln.

Ignacio arrangiert sich mit seiner Arbeitssituation. Aber er arrangiert sich nicht mit der Situation im Land als solcher. Immer, wenn er Sonntags frei hat, begleitet er zusammen mit seiner Frau eine Jugendgruppe. Am Anfang stand die Idee, den eigenen Kindern mit Gleichaltrigen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu ermöglichen. Sie waren schon länger in einer katholischen Basisgruppe engagiert. Schon 2005 haben sie begonnen, ein

Im Jahr 2012 wurden 20 Gewerkschafter aus politischen Gründen umgebracht



Programm für die Kinder auf die Beine zu stellen. Im Kontext von engen Wohnverhältnissen, Gewalt in den Familien und auf der Straße, schlechten Schulen sowie verbreiteter Perspektivlosigkeit haben sie darin eine Alternative gesehen. Mittlerweile sind aus den Kindern junge Erwachsene zwischen 17 und 20 Jahre geworden. Sie haben in all den Jahren aber andere Werte gelernt: Zusammenarbeit, Rücksicht, Verantwortung. Sie hinterfragen ihre Lebensverhältnisse. Sie klagen mit Musik, Theater, Tanz, Poesie gemeinsam die Verhältnisse an und suchen

neue Wege. Nicht immer sind es die Wege, die Ignacio, Maria und den anderen Eltern gefallen. Aber seine Erfahrung ist bei ihnen angekommen: „So wie es ist, ist es nicht gut. Damit es besser wird, müssen wir gemeinsam beginnen, Alternativen zu entwickeln und die Verhältnisse langfristig ändern.“ Unterdessen kämpft jede und jeder einzelne von ihnen um den Zugang zur Universität bzw. in den Arbeitsmarkt.

In Kolumbien zeigt sich wie an so vielen Orten der Welt das gewalttätige Gesicht globalisierten kapitalistischen Wirtschaftens und Zusammenlebens. Der Blick in die sogenannten „armen Länder des Südens“ zeigt das gleiche Muster wie bei uns „im reichen Norden“. Deswegen ist die Rede vom „Süden“ als Bezeichnung für Armut in Afrika, Asien und Lateinamerika und „Norden“ als Bezeichnung für die reichen Länder in Europa, die USA, Kanada, Japan immer weniger haltbar. Statt dessen spricht man heute eher vom „globalen Süden“ als den Orten, an denen Armut und Ausschluss herrschen und „globalen Norden“, wo wohlhabende Menschen ein Leben mit nahezu allen Konsummöglichkeiten führen, die die Märkte und die Umwelt noch hergeben.

Doch die Möglichkeiten auf Armut zu reagieren sind immer noch sehr unterschiedlich zwischen den Kontinenten. In Europa legt die EU ein 6-Milliarden-Programm für arbeitslose Jugendliche auf, um sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wie immer die Arbeiten aussehen mögen. In den armen Ländern ist das nicht möglich. Hier sind die Jugendlichen und ihre Familien sich selbst überlassen.

In Kolumbien wie überall braucht es die Ignacios und ihre Selbsthilfeorganisationen, um den Jugendlichen zu zeigen: Du bist etwas wert – egal, was passiert. Wir sind fähig, ein besseres Leben mit mehr Chancen, größerer Gerechtigkeit, Gleichheit, Sicherheit und Toleranz zu erträumen. Wir sind gemeinsam fähig, ein klein wenig davon umzusetzen, auch wenn wir den Zwängen des herrschenden Systems nicht entkommen. Wir versuchen immer wieder unsere Herzen und Köpfe für das wirklich „gute Leben“ frei zu bekommen. „Gut leben“ heißt nicht „mehr konsumieren“. Was das „gute Leben“ ist, muss gemeinsam und mühsam erarbeitet werden. Ignacio

und seine Organisation können das nicht alleine leisten. Bündnisbildung mit anderen Suchenden steht an, in der Stadt, national und international. Hier kommt für Ignacio die Stärke von Kirche ins Spiel: im Austausch mit Menschen aus anderen Ländern Lateinamerikas und Europas lernt er immer mehr, wieso Kolumbien so funktioniert, wer etwas davon hat, dass es so ist, wie es

In Kolumbien wie überall braucht es die Ignacios, um den Jugendlichen zu zeigen: Du bist etwas wert – egal, was passiert.



ist, und wer dabei verliert. Für ihn wird Kirche weltweite Gemeinschaft, indem sie Beziehungen herstellt, Austausch ermöglicht, um neue Wege auszuprobieren und solidarisch Geld umzuverteilen. Dieser Austausch, der beide Seiten weitsichtiger macht, wird viel zu wenig gesucht. Dann kämen die Möglichkeiten und Grenzen des eigenen Tuns noch mehr in den Blick: wie das Menschenrecht auf ein Leben in Würde tatsächlich geltend gemacht werden kann, wie auf die Politik Einfluss genommen und mitgestaltet wird.

Markus Bükler, Theologe, lebte von 2005-2012 als Fachperson der Bethlehem Mission Immensee / AGEH in Kolumbien. Heute lebt und arbeitet er in Aachen.

1 Namen geändert.
 2 Aus der Selbstdarstellung des Unternehmens: „DHL ist Marktführer in der internationalen Logistikindustrie (...). Grundlage bildet die Kompetenz von DHL im grenzüberschreitenden Expressgeschäft, bei Luft- und Seefracht, im Straßen- und Schienentransport und in der Kontraktlogistik. Mit einem globalen Netzwerk und lokalem Know-how sowie dem Bekenntnis zu Serviceorientierung und Qualität bieten rund 285.000 DHL-Mitarbeiter in über 220 Ländern und Territorien einzigartige, innovative und auf Kundenbedürfnisse zugeschnittene Lösungen. Das Unternehmen übernimmt gesellschaftliche Verantwortung durch seine Programme zum Umweltschutz, beim Katastrophenmanagement und in der Bildungsförderung. DHL ist Teil des Konzerns Deutsche Post DHL. Die Gruppe erzielte 2012 einen Umsatz von mehr als 55 Milliarden Euro.“ Vgl. http://www.dhl.com/content/dam/presse/mediathek/fact_sheet_dhl_de.pdf. (9. August 2013)
 3 Vgl. http://www.dane.gov.co/files/investigaciones/boletines/ech/ech_bol_ech_jun13.pdf (9. August 2013)
 4 Zwischen 1986-2011 wurden ca. 3100 Gewerkschafter ermordet. Vgl. <http://www.semana.com/nacion/articulo/hrw-colombia-sigue-siendo-pais-mas-violento-contra-sindicalistas/252286-3> (9. August 2013).



„Eine Gesellschaft, die nicht so organisiert ist, dass alle die Möglichkeit zu arbeiten haben, funktioniert nicht richtig: Sie ist nicht gerecht.“

Foto von: presidencia.gov.ar, Lizenz CC share alike 2.0

Papst kritisiert „Sklavenarbeit“

Franziskus kritisiert ungerechte Arbeitsbedingungen

Papst Franziskus hat die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte in Bangladesch und anderen Ländern angeprangert.

Ein Monatslohn von 38 Euro, wie ihn die Opfer der Brandkatastrophe in einer Textilfabrik in Bangladesch erhalten hätten, sei „Sklavenarbeit“, sagte der Papst am 1. Mai in einer Frühmesse mit Jugendlichen aus einem Sozialzentrum im Vatikan. Aus reiner Profitgier Arbeit nicht angemessen zu bezahlen oder keine Arbeitsplätze zu schaffen, sei „gegen Gott“. In seiner Generalaudienz am selben Tag prangerte Franziskus „egoistische Profitgier“ als Ursache für wachsende Arbeitslosigkeit an. Arbeit sei ein „fundamentaler Bestandteil der Menschenwürde“ und gehöre zum „Plan der Liebe Gottes“.

Die Ereignisse in dem asiatischen Land hätten ihn sehr betroffen gemacht, so

Franziskus in der Kapelle des Gästehauses Santa Marta. Er kritisierte, dass in der ganzen Welt viele Menschen aufgrund wirtschaftlicher, sozialer und politischer Zwänge Sklavenarbeit verrichten müssten.

Zugleich forderte der Papst verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. „Eine Gesellschaft, die nicht so organisiert ist, dass alle die Möglichkeit zu arbeiten haben, funktioniert nicht richtig: Sie ist nicht gerecht.“ Anlass der Äußerungen war der Gedenktag für den heiligen „Josef, den Arbeiter“, den Ziehvater Jesu. Dieser war nach biblischem Zeugnis Handwerker. Der Gedenktag war 1955 von Papst Pius XII. (1939-1958) eingeführt worden und sollte eine katholische Alternative zum „Tag der Arbeit“, sein, den die Gewerkschaften traditionell am 1. Mai begehen.

aus der Kirchenzeitung Bistum Aachen vom 12.5. 2013



Abschlussveranstaltung der Ethiktagung

Am Samstag, 23. 11. 2013 findet im Haus der kath. Regionaldekan HS(MG), in Mönchengladbach, Betrather Str. 22, 9:30 bis 18 Uhr die Abschlussveranstaltung unserer „Ethiktagung von unten“ statt, bei der in den vergangenen Monaten Menschen vor Ort u.a. in Aachen, Krefeld, Heinsberg und MG über ihre soziale Situation befragt worden sind und nachgedacht haben. Die Ergebnisse werden dargestellt und mit SozialwissenschaftlerInnen diskutiert.



Kontakte

Amos/Heinsberg
johannes.eschweiler@stiftung-volksverein.de

Amnesty International
info@amnesty.de

SOLWODI
info@solwodi.de

Misereor Aachen
info@misereor.de

Südwind e.V.
info@suedwind-institut.de

Eine-Welt-Läden
Krefeld: weltladen-krefeld@gmx.de
Mönchengladbach: ewlmg@t-online.de
Aachen: info@aachener-weltladen.de

Flüchtlingsräte
Mönchengladbach:
info@fluechtlingsrat-mg.de
Krefeld: info@fluechtlingsrat-krefeld.de
Aachen: info@cafe-zuflucht.de

Volksverein Mönchengladbach
h-j.kronen@volksverein.de

Attac
Mönchengladbach: Tel. 02166/90 15 51
Krefeld: attac-krefeld@gmx.de
Aachen: thomas@woerfel.de

Sozialbündnis Krefeld
kontakt@sozialbueundnis-krefeld.de

Beratung
Krefeld:
arbeitslosenzentrumkrefeld@t-online.de
Mönchengladbach:
info@arbeitslosenzentrum-mg.de
Düren:
arbeitslosenzentrum-dn@gmx.de
Aachen:
sozialprojekte-ac@t-online.de

Der Draht zum Bündnisrat

Eddi Erlemann 02161/567 07 77
e.erlemann@online.de
Franz-Josef Breuer
breuerfj@hotmail.com
Hartmut Wellssow 02161/66 65 24
hwellssow.cbartrina@t-online.de
Heinz Backes 0241/45 24 75
heinz.backes@bistum-aachen.de
Johannes Eschweiler 0171/953 25 65
johannes.eschweiler@stiftung-volksverein.de
Alex Micha 02161/58 13 99
Robert Manstetten 0241/132 05
r-d@manstetten.com

Mitglied im Bündnis werden?

Sehr einfach: Eine formlose Anmeldung per Mail genügt.
Beitrag: 1 Euro pro Monat für Einzelpersonen, 10 Euro pro Monat für Verbände, Organisationen und Gruppen. Bareinzahlung im Volksvereinshaus möglich.

Impressum

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit
Wolfgang Fels, Tel. 021 61/948 90 83
Kirchplatz 11, 41061 Mönchengladbach
www.menschenwuerde-und-arbeit.de
buero@menschenwuerde-und-arbeit.de

Bankverbindung:
Förderverein Stiftung Volksverein MG
Sparkasse Mönchengladbach
(BLZ 310 500 00) Konto: 318 08 25
Verwendungszweck: Bündnis

Layout:
studiofurgestaltung.net
Druck:
Tiamatdruck, Düsseldorf

Kakao tritt Menschenrechte

Der Preis für Kakao ist zu niedrig. Folge: Armut und Kinderarbeit für die Erzeuger

Schokolade und andere Produkte, die Kakao enthalten, gehören zu den beliebtesten Süßigkeiten: In Deutschland werden rund 11 kg pro Kopf und Jahr gegessen, etwa 12,4 % des weltweit angebauten Kakao – und damit fast jede achte Bohne – wird hier konsumiert. Darüber hinaus werden große Mengen in Deutschland hergestellter Schokolade weltweit exportiert und ein Exportüberschuss erzielt. Deutschland spielt somit eine wichtige Rolle auf dem Weltmarkt für Kakao.

Während Kakao hier die Grundlage für die kleine Mahlzeit zwischendurch bildet, ist er für rund 5,5 Mio. Kleinbauern und deren Familien die wichtigste Einnahmequelle und damit Ernährungsgrundlage: Sie produzieren mehr als 90 % der weltweiten Erntemenge auf kleinen Plantagen, die in der Regel nur wenige Hektar groß sind. Hauptanbauländer sind die Elfenbeinküste, von wo ein Drittel der Weltermte stammt, gefolgt von Ghana, Indonesien, Nigeria und Kamerun.

Die Kleinbauern verkaufen an Zwischenhändler, die Unternehmen beliefern, die den Kakao mahlen und teilweise auch schon zu Schokoladenmasse weiterverarbeiten. Erst dann folgen die eigentlichen Schokoladenhersteller. Die letzte Stufe bildet der Handel. Diese drei Stufen werden von jeweils nur fünf Unternehmen dominiert.

Preisverfall

Die Kakaobauern erhielten im Jahr 1980 inflationsbereinigt je Tonne Kakao fast 5.000 US-Dollar, im Jahr 2000 waren es nur noch 1.200 US-Dollar und Mitte 2012 sind es rund 2.300 US-Dollar. Der sinkende Kakaopreis führte insbesondere in Westafrika zur Verarmung von Millionen von Bauern. Da sie keine Erntehelfer mehr bezahlen konnten, setzten sie verstärkt ihre eigenen Kinder oder angeheuerte Kinder ein.

Einer Studie aus dem Jahr 2009 zufolge arbeiten beispielsweise alleine auf den ghanaischen Plantagen rund 270 000 Kinder in einem Maße, das gegen verbindliche Konventionen der Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO-Konventionen 138 und 182) sowie nationale Gesetze verstößt. Bei der Erhebung klagten 54 Prozent der Kinder über Verletzungen bei der Arbeit inner-

halb der vergangenen zwölf Monate. Dazu gehörten offene Wunden durch Macheten, Insektenbisse, Muskel- und Rückenschmerzen; 68 Prozent klagten, dass sie zu schwere Lasten tragen müssten. Die Kakaobauern nennen als ihr Hauptproblem und als Ursache



Eine Kakaofrucht wird geöffnet und gibt ihren wertvollen Inhalt frei. Er könnte seine Erzeuger ernähren. Wenn wir die Arbeit belohnen würden.

che für die Kinderarbeit ihre finanzielle Situation: Der Preis für Kakao sei zu niedrig, um die Ausgaben für Saisonarbeitskräfte, Dünger und Pestizide bestreiten zu können.

Ghana ist kein Einzelfall. In der Elfenbeinküste arbeiten rund 260 000. Die Hälfte der für die Studie im Jahre 2009 befragten Kinder gab an, sich bei der Arbeit in den vorangegangenen zwölf Monaten verletzt zu haben. Zudem klagten fast 80 Prozent der Kinder über das Tragen zu schwerer Lasten.

Weniger als zwei Drittel der Kinder besuchten die Schule. Am schlechtesten ist die Situation für die Kinder, die nicht in der eigenen Familie leben, sondern für Fremde arbeiten.

Immer wieder gibt es zudem Berichte, dass aus den Nachbarländern Mali und Burkina Faso Kinder an Kakaobauern in der Elfenbeinküste verkauft werden. Genaue Zahlen liegen nicht vor, doch vermutlich arbeiten viele Tausend Kinder unter sklavenähnlichen Bedingungen auf den Kakaoplantagen. Armut ist nach Aussage der Bauern auch in der Elfenbeinküste Hauptursache der Kinderarbeit. Diese ist somit letztendlich ein Symptom für die schlechte Situation vieler Kakaobauer.

Aus der Elfenbeinküste, dem Anbauland mit den meisten Problemen, stammen 60 % des in Deutschland verarbeiteten Kakao.

Schlechte Produktionsbedingungen

Aufgrund der gefallen und stark schwankenden Kakaopreise haben viele Kakaobauern nicht mehr in ihre Plantagen investiert. Ein großer Teil der Bäume ist älter als 20 Jahre und

Preiswerte Verbesserungen

Neben einer Erhöhung der Ernteerträge und geringeren Produktionskosten kann ein Kakaobauer seine Einnahmen nur dann erhöhen, wenn der Preis für seinen Kakao steigt. Der Spielraum ist da: Eine Tafel Vollmilchschokolade, die für 0,79 Euro (100 g) verkauft wird, enthält nur Kakao im Wert von rund 6,5 Cent. Andere Kosten, von den Rohstoffen (Zucker, Milch, Nougat, Haselnüsse etc.) über Energie- und Lohnkosten bis hin zu Ausgaben für Werbung und Ladenmieten, sowie nicht zuletzt die Gewinne der Unternehmen haben einen weit größeren Anteil am Endpreis der in Deutschland verkauften Produkte.

Unternehmensinitiativen und ein Forum

Derzeit gibt es eine Vielzahl von Initiativen einzelner Unternehmen, die Kakaobauern weiterbilden und versuchen, deren Situation zu verbessern. Einige der großen Schokoladenhersteller haben darüber hinaus zugesagt, bis zum Jahr 2020 nur noch Kakao aus nachhaltigen Quellen zu beziehen. Entstanden ist allerdings ein Wildwuchs, über den kaum noch jemand einen Überblick hat: Viele Projekte arbeiten nebeneinander her, ohne voneinander zu lernen. Manche Fortschritte wären schneller zu erzielen, wenn erfolgreiche Elemente von Projekten miteinander kombiniert würden.

Um den Austausch zu erleichtern und voneinander zu lernen, wurde in Deutschland im Sommer 2012 das „Forum Nachhaltiger Kakao“ gegründet, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Mittlerweile sind Unterneh-

die Bauern haben kein Geld, um ausreichende Mengen Dünger und Pestizide zu kaufen. Folge ist, dass sie in der Regel nur rund 400 kg Kakao je Hektar ernten – möglich wäre mehr als das Doppelte. Auch die Regierungen vieler Anbauländer haben die Bauern nicht in notwendigem Maße unterstützt. Es fehlt an Weiterbildungsmöglichkeiten,



Konsument



Produzent

Infrastruktur wie Straßen und Schulen sowie an Möglichkeiten für Kleinkredite. Viele Bauern überlegen angesichts der unsicheren Situation auf dem Kakao-markt, auf andere Früchte umzusteigen. Dies hat große Besorgnis bei den Schokoladenproduzenten ausgelöst, die Engpässe bei der Versorgung mit ihrem Rohstoff fürchten.

men aus der gesamten Wertschöpfungskette sowie die Politik, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen mit dabei. Regierungen der Anbauländer sollen ebenfalls einbezogen werden. Die Arbeit steckt noch in den Anfängen und es ist zu hoffen, dass das Forum erfolgreich arbeitet.

Friedel Hütz-Adams